

Hoffen auf komplette Schulöffnungen

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz will Wechselunterricht für alle

Berlin – Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Britta Ernst, hofft darauf, dass noch im März alle Schulen bundesweit wieder geöffnet werden können. „In der Kultusministerkonferenz sind wir uns einig: Wir wollen, dass noch im März alle Schülerinnen und Schüler wieder zur Schule gehen – auch wenn es im Regelfall erst mal Wechselunterricht



Britta Ernst (SPD),
Vorsitzende der Kultusministerkonferenz FOTO: DPA

sein wird“, sagte Ernst, die Bildungsministerin in Brandenburg ist, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Einige Bundesländer, in denen die Inzidenzwerte sehr niedrig sind, werden sich auch für Präsenzunterricht entscheiden“, fügte die SPD-Politikerin hinzu. Gerade der Wechselunterricht ermögliche das Einhalten von Abständen sehr gut.

So einig, wie die Ministerin sagt, scheinen sich die Länder aber nicht zu sein. Hessen plant bis zu den Osterferien keine weiteren Öffnungs- oder Lockerungsschritte in den Schulen. Auch das Bildungsministerium in Thüringen äußerte sich verhalten. „Ob das jetzt im März alles noch klappt – das ist Glaskugelleserei“, sagte ein Sprecher in Erfurt. „Wir können jetzt nicht zusagen, dass im März alle Schülerinnen und Schüler in die Schule gehen. Aber gleichzeitig können wir das auch nicht jetzt schon als Ziel abschreiben.“

Nordrhein-Westfalen will allerdings alle Schüler vor Beginn der Osterferien am 29. März zumindest eingeschränkt tageweise in den Präsenzunterricht zurückholen. Kein Schüler solle dabei länger als eine Woche ohne Präsenzunterricht sein.

Ernst betonte, man könne trotz der veränderten Situation wegen der Virusmutationen nicht noch einmal mehrere Wochen warten. „Dafür haben die Schulschließungen einen zu hohen sozialen Preis“, betonte sie. Kinder und Jugendliche litten stark unter der Beschränkung ihrer Kontakte – nicht nur durch schlechtere Bildungschancen, sondern auch psychisch. „Das darf uns nicht kaltlassen“, sagte Ernst. „Deshalb ist für mich klar, dass wir nicht nur die Grundschulen öffnen müssen, sondern auch an den weiterführenden Schulen zumindest in den Wechselunterricht gehen müssen.“



Zurück in der Schule: Ein Fünftklässler meldet sich am „Ökumenischen Domgymnasium“ in Magdeburg.

FOTO: DPA

Unterdessen hat der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) zur Vorsicht gemahnt. Lothar Wieler zeigte sich besorgt über wieder steigende Corona-Inzidenzwerte. Zwar gebe es einen deutlichen Rückgang der Zahlen besonders bei den Gruppen, in denen viele schon geimpft worden seien, sagte er. Es gebe jedoch „weiterhin zu viele Todesfälle“ und man sehe auch, dass „die Inzidenzen bei den unter 80-Jährigen wieder ansteigen“. Wieler wies auch darauf hin, dass

der Inzidenzwert der Infektionen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen generell bundesweit wieder steige. Am Freitag lag der Wert laut RKI bei 65,4. Registriert wurden innerhalb von 24 Stunden 10 580 Corona-Neuinfektionen und 264 neue Todesfälle von Infizierten.

Zudem sei absehbar, dass die britische Virusvariante B117 bald die vorherrschende Variante in Deutschland sein werde. „Dann wird es noch schwieriger, das Virus im Zaum zu halten“, warnte Wieler. Er wies darauf hin, dass diese und weitere Mutationen „noch ansteckender und noch gefährlicher in allen Altersgruppen“ seien als das ursprüngliche Coronavirus. Umso wichtiger sei es, die Impfungen rasch voranzutreiben.

dpa/afp

GUTE NACHRICHT

Geldwäsche-Paragraf erweitert

Berlin – Geldwäsche soll künftig besser bekämpft und Täter sollen leichter vor Gericht gebracht werden. Der Bundesrat billigte am Freitag eine entsprechende Reform des Geldwäsche-Paragrafen. Demnach ist das Verschleiern von kriminellen Profiten künftig grundsätzlich strafbar. Ein besonderer Bezug zur organisierten oder schweren Kriminalität und zu bestimmten Straftaten wie Drogenhandel, Menschenhandel oder Schutzgelderpressung muss nicht vorliegen. dpa

Begriff „Rasse“ soll weg

Berlin – Die Bundesregierung hat sich auf einen Ersatz für den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz geeinigt. Stattdessen soll in Artikel 3 der Verfassung ein Verbot von Diskriminierung „aus rassistischen Gründen“ stehen. Das bestätigten Justiz- und Innenministerium in Berlin. Zuvor hatte „Der Spiegel“ darüber berichtet. In Artikel 3 des Grundgesetzes steht derzeit: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse (...) benachteiligt werden.“ dpa

Harte Strafen für Krawallnacht

Stuttgart – Wegen ihrer Beteiligung an der Stuttgarter Krawallnacht im vergangenen Juni sind zwei Jugendliche vom Landgericht Stuttgart zu langen Jugendstrafen verurteilt worden. Das Gericht sprach einen zur Tatzeit 17-Jährigen wegen versuchten Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruchs in besonders schweren Fällen schuldig und verhängte eine Jugendstrafe von vier Jahren und drei Monaten. Ein 19-Jähriger wurde zu zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. afp

Steuer-ID wird zur Bürgernummer

Kritiker finden: „Verfassungsrechtlich hoch bedenklich“

Berlin – Die Steueridentifikationsnummer wird zu einer Art Bürgernummer, die einer Behörde den Zugriff auf schon vorhandene Daten zu einer Person bei einer anderen Behörde erlaubt. Dies gilt allerdings nur dann, wenn der Betroffene dies auch wünscht und ausdrücklich zustimmt. Der Bundesrat verabschiedete am Freitag ein entsprechendes Gesetz, das bei Datenschützern und der Opposition im Bundestag auf Kritik gestoßen war. Es soll durch die zweifelsfreie Identifikation der Bürger bürokratischen Aufwand reduzieren.

Durch das Registermodernisierungsgesetz soll auch ermöglicht werden, dass mehr Verwaltungsvorgänge online abgewickelt werden können.

Dafür wird an rund 50 Stellen zusätzlich die Steuer-ID der Betroffenen gespeichert – etwa im Melderegister, im Führerscheinregister und im Waffenregister sowie bei der Rentenversicherung und den Krankenkassen.

Die Pandemie habe gezeigt, wie dringend Deutschland die Digitalisierung der Verwaltung brauche, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU). Das Innenministerium, das den Gesetzentwurf erarbeitet hatte, will künftig vermeiden, dass die gleichen Daten mehrfach von verschiedenen Behörden eingeholt oder identische Dokumente, etwa die Geburtsurkunde, mehr als einmal eingereicht werden müssen.

Geändert werden aber nur die Zugriffsrechte, eine zentrale Speicherung der Dokumente ist nicht vorgesehen. Ein Bürger, der dem Verfahren zugestimmt hat, kann über einen sicheren Zugang selber einsehen, welche Behörden welche Daten zu ihm ausgetauscht haben.

Der digitalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin, hatte im Bundestag angemerkt, die Nutzung der Steuer-ID als einheitliche Personennummer sei verfassungsrechtlich hoch bedenklich. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Ulrich Kelber, kritisierte, die bereichsübergreifende Verwendung eines solchen Kennzeichens schaffe ein „übermäßiges Risiko der Katalogisierung der Persönlichkeit“. dpa

DEIDON solpuri Cane-line Glatz

EXKLUSIVE GARTENMÖBEL-AUSSTELLUNG

JETZT IM AUSSENBEREICH GEÖFFNET

TRIBU the art of leisure

Stapelstuhl BREEZE Alu weiß € 219,-

Armlehnstuhl VIGO Wetterfeste Polster – quick dry € 659,-

Glatz Lagerware – sofort lieferbar

Schaukelsessel € 399,-

WOHN-fabrik

M Ö B E L · K U N S T · U N D M E H R

34117 Kassel · Erzbergerstraße 13a (Hofeinfahrt) · Telefon 7399983 · www.wohn-fabrik.de
Montag bis Freitag 10.00 bis 19.00 Uhr · Samstag 10.00 bis 16.00 Uhr